Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 84 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. Kostenlose Beilage: „Hallescher Courier".

Freitag, 15. Februar

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 35 Pfg. Geschäftsanzeigen 25 Pfg. nur 10% Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 80 Pfg. nur 10% Aufschlag. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5698 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 30. – Fernsprecher Amt Kurfürst Nr 6256. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle Saale. :::

Gesteigerte Feuertätigkeit in der Champagne

Die letzten Sitzungen in Brest-Litowsk

Berlin, 14. Febr. Ueber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen in Brest-Litowsk wird nachträglich noch gemeldet:

Die Kommissionssitzung vom 9. Februar zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der bekannten Erklärung Trotzkis schloß, leitete Staatssekretär von Kühlmann durch eine zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen ein. Nach seinem persönlichen Eindruck ließe sich durch eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage ein günstigerer Erfolg nicht erhoffen. Zweck der heutigen Besprechungen sei, vielleicht doch noch einen Weg der Verständigung ausfindig zu machen. Die rechtspolitischen und Handelsfragen lassen eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen erscheinen.

Herr Trotzki erklärte, daß vom russischen Standpunkt aus die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker geben wolle, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Der Redner protestierte eingehend gegen die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen dem Vierbund und den Bevollmächtigten der Kiewer Rada. Der Vertrag zwischen dieser und dem Vierbund sei für das ukrainische Volk und die Regierung ganz Rußlands geltungslos.

Staatssekretär von Kühlmann schlug hierauf vor, die Frage der Grenzziehung, welche Trotzki der Besprechung durch Sachverständige vorbehalten wolle, einer Unterkommission zu überweisen, die am folgenden Tage der politischen Kommission über ihr Arbeitsergebnis berichten soll. Der Bericht dieses Unter-Ausschusses würde für das weitere Schicksal der Verhandlungen ausschlaggebend sein. Bezüglich der Haltung der Mittelmächte der Ukraine gegenüber bemerkte Kühlmann, daß sich aus dem Abschluß eines Friedensvertrages mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik für die Mittelmächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen ergeben. Eine Förderung der Verhandlungen sei von der Erörterung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine nicht zu erwarten. Die verbündeten Regierungen seien bereit, durch planmäßigen Ausbau der bestehenden Vertretungskörper für die Völker der Randgebiete die Möglichkeit einer Kundgebung von breitester volkstümlicher Grundlage zu schaffen.

Graf Czernin wollte den Friedensschluß mit der Ukraine nicht als unfreundlichen Akt gegen die russische Regierung angesehen wissen. Die Ukraine sei für die Mittelmächte durch den Friedensvertrag kein Verbündeter, sondern ein neutraler Staat geworden.

Mit dem Zusammentritt einer militärtechnischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie südlich von Brest-Litowsk erklärte sich Trotzki einverstanden.

Hierauf schlug Staatssekretär von Kühlmann für den zweiten Artikel des zu vereinbarenden Friedensvertrages folgende Fassung vor:

Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die ..... verläuft, unterliegen der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zu dem russischen Kaiserreich erwachsen ihnen keinerlei Verpflichtungen Rußland gegenüber. Das künftige Schicksal dieser Gebiete werde in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn zu treffenden Vereinbarungen.

Der wesentliche Inhalt des Artikels 1 des ersten Vorschlages wurde von Kühlmann für den Vierbund als eine conditio sine qua non des Friedensschlusses bezeichnet. Hinsichtlich des Zeitpunktes, von dem an für die Mittelmächte die Räumung gewisser Gebiete unter der Bedingung zugesagt wurde, daß gleichzeitig die Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten stattfinden und als welches das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen war, erklärten sich die Mittelmächte zu Konzessionen bereit, doch nur dann, wenn in dem Friedensschluß die Zusicherung der Räumung der verbündeten Gebiete durch die Truppen der Petersburger Regierung enthalten sei.

Nachdem Herr Trotzki erwähnt hatte, daß Rußland seine Truppen ebenso aus Persien wie aus dem türkischen Gebiet zurückziehen werde, wurde die Sitzung geschlossen.

Am 10. Februar hielt die Unterkommission zur Prüfung der Grenzlinie zwei Sitzungen ab, in denen in erster Linie die militärischen Sachverständigen das Wort hatten. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Zu Beginn der Sitzung der Vollkommission am 10. Februar erstattete der Vorsitzende der Unterkommission Bericht über das Beratungsergebnis.

Herr Trotzki erklärte, Rußland wolle an dem Krieg keinen Anteil mehr haben, gebe ihn auf und befehle die vollständige Demobilisierung aller den Vierbund-Staaten gegenüberstehenden Armeen. Seine Regierung lehne die Sanktionierung der deutsch-österreichischen Bedingungen ab und verzichte auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages.

Hierauf erfolgte die ihrem Inhalte nach bereits bekannte Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung sämtlicher Truppen.

Der Vorsitzende Kühlmann nun, am folgenden Tage eine Erklärung abzuhalten, in der die Stellungnahme der Verbündeten zu den Mitteilungen der russischen Delegation bekanntgegeben werden würde, wurde von Herrn Trotzki damit beantwortet, daß seine Delegation alle ihre Vollmachten erschöpft habe und ihre Rückkehr nach Petersburg für notwendig erachte. Alle Mitteilungen der verbündeten Regierungen würden im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und beantwortet.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 14. Febr., abends. (Amtlich.)

In der Champagne war die Feuertätigkeit in den Abschnitten nördlich von Prunay und südöstlich von Tahure vielfach gesteigert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 14. Febr. Amtlich wird verlautbart:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier,

zu denen sich, wie gemeldet, der Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts dorthin begeben haben, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie haben jedoch bereits zu einer Klärung der Lage geführt und völlige Uebereinstimmung der Auffassung zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Leitung ergeben.

Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow wird voraussichtlich bis morgen, Freitag, in Berlin verbleiben, um dann über Wien die Heimreise nach Sofia anzutreten. Jedenfalls aber wird er die Reichshauptstadt erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Herrn von Kühlmann verlassen, die am Freitag aus dem Großen Hauptquartier erwartet werden.

Deutscher Protest in Petersburg

Berlin, 14. Febr. Die russische Regierung hatte die Absicht, alle in Petersburg befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, ausgenommen die Invaliden, angeblich wegen der Ernährungs-Schwierigkeiten sofort nach dem Trotzkilager im Gouvernement Orenburg abzuschieben. Da die Ausführung dieser Maßregel bei der in Rußland allgemeinen Desorganisation eine außerordentlich große Gefahr für die Gefangenen mit sich gebracht hätte, hat die in Petersburg befindliche deutsche Kommission gegen die Transportierung der Gefangenen nach Orenburg den schärfsten Protest erhoben.

Manifest des Kaisers von Oesterreich

Wien, 14. Febr. Der Kaiser hat ein Manifest erlassen, in dem es heißt:

„Unter dem Eindruck des Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Blick voll Sympathie dem strebenden jungen Volke zu, welches genügende Entschlossenheit besaß, um seiner besseren Ueberzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen. So schied es denn als erster aus dem Lager unserer Feinde aus, um im Interesse der möglichst raschen Erreichung des nunmehr gemeinsam großen Zieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen. Ich fühle mich eins mit meinen Völkern in dieser Stunde, in welcher nunmehr der erste Schritt für Verwirklichung eines dauerhaften Friedens erfolgt ist."

Zum Schlusse des Manifestes hebt der Kaiser die Opferfreudigkeit der Truppen und der Daheimgebliebenen hervor und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß auch für die ganze Menschheit der endgültige Friede erreicht werde.

Czernin wieder in Wien

Wien, 13. Febr. Der Minister des Aeußeren Graf Czernin traf heute nachmittag aus Brest-Litowsk hier ein. Auf der Zufahrtsstraße zum Bahnhof hatte sich ein zahlreiches Publikum angesammelt, das dem Minister einen außerordentlich herzlichen Empfang bereitete. Am Bahnhof selbst, wo die Gemeindevertretung zur Begrüßung erschienen war, begrüßte Bürgermeister Weikirchner den Minister mit einer Ansprache, auf die Graf Czernin mit warmen Worten erwiderte. Er feierte das Heer und den Kaiser, würdigte die Bedeutung des Brester Friedens und schloß mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, noch etwas durchhalten und der ehrenvolle allgemeine Friede wird erreicht sein.

Amerika als Geldgeber der Alliierten

London, 14. Febr. (Reuter.) Der Interalliierte Rat für die Führung des Krieges und für die Finanzen beendete seine Februarsitzung. Das Programm für die Erfordernisse im Februar und März wurde von den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Italien vorgelegt und vom Rat erörtert. Diese Programms stellen Kreditansprüche an das Schatzamt der Vereinigten Staaten in einem Umfange von einer Milliarde Dollar.

Das große Rätselraten

Seit Rußland niedergeworfen ist und die Hoffnung, es könnte noch einmal die Kraft zur Offensive gewinnen, sich verflüchtigt hat, lastet auf der Entente wie ein Alb das Gespenst eines deutschen Generalangriffs an der Westfront. Als im November dem General Byng im Cambrai-Abschnitt ein kleiner Ueberraschungserfolg glückte, da hallte die gesamte englische und französische Presse wider von Siegesjubel ohne Maß. Der ist heute längst verklungen und hat Stimmen Platz gemacht, die, obgleich sie zuversichtlich klingen sollen, doch eine starke Besorgnis verraten. Den Engländern hat der Jahres-Rechenschaftsbericht Sir Douglas Haigs klar zu machen vermocht, daß die blutigen englischen Mißerfolge im Jahre 1917 nicht etwa an den englischen Kriegsführungsmethoden, sondern nur an dem Mangel an ausgebildeten Mannschaften lagen: jetzt ruft die gesamte englische Presse nach mehr Rekruten. Wir wissen, es ist die Angst vor der deutschen Offensive, die sie diesen Ruf ausstoßen läßt. Rexington sagte es in den „Times" auch ausdrücklich und ohne jede Beschönigung, daß England eine halbe Million frischer Streitkräfte, eine größere Anzahl von Geschützen und vor allem viele Angriffsflugzeuge braucht, weil die deutsche Defensivtaktik im Westen nun zu Ende gehe. Er verlangte die Heraufsetzung des dienstpflichtigen Alters bis auf 50 Jahre, und selbst eine so zweischneidige Maßregel, wie die Anwendung des Dienstgesetzes auch auf Irland.

Auch in der französischen Presse kommen die ängstlichen Stimmen nicht mehr zum Schweigen. Die Militärkritiker der Pariser Blätter sind sich darüber klar, daß die deutsche Offensive kommt. „Gaulois" fürchtete sogar, es möchten zu ihr nicht nur die deutschen Truppen aus dem Osten, sondern auch die „abkömmlich" gewordenen Divisionen Belows und Mackensens" herangezogen werden. In ihrer kaum zu verschleiernden Not helfen sich die französischen Propheten mit recht fadenscheinigen Mitteln, unter denen eins der dürftigsten die Prophezeiung der in Deutschland angeblich bevorstehenden Revolution ist. Am belustigendsten aber ist für uns das große Rätselraten, das seit Wochen in der französischen Presse eingesetzt hat. Gar zu gerne möchte man den Ort kennen, an dem die deutsche Offensive beginnen wird; und da man ihn nun einmal nicht kennt, so unterhält man sich und seine Leser mit immer neuen Vermutungen, die stets höchst ernsthaft unterfucht und begründet werden. Wenn man den Pariser Redaktionsstrategen glauben sollte, so würde die deutsche Offensive am Montag bei Celats, am Dienstag bei Laon, am Mittwoch bei Verdun, am Donnerstag im Elsaß und am Freitag auf dem Wege durch die Schweiz erfolgen: alle diese Punkte sind von den Zeitungsmajoren und -hauptleuten schon mit viel Ernsthaftigkeit, die an den Ernst von Kindern beim Spiele erinnert, betrachtet worden.

Gegenwärtig ist Nancy die Stelle wo, wie die Pariser Auguren ihrem Publikum augenzwinkernd zuflüstern, die deutsche Offensive losbrechen wird. „Petit Parisien" versichert, die deutschen Truppen könnten auf vier doppelgleisigen Eisenbahnlinien und auf zahlreichen Automobilstraßen plötzlich gegen die lothringische Front geworfen werden, wobei ihnen die „mächtige Zitadelle" von Metz als Rückendeckung dienen würde. „Volhbe"-Reinach im „Figaro" gehört zu den neunmal Klugen. Er orakelt, ein solcher Angriff auf Nancy wäre kein originaler Gedanke, würde im Gegenteil nur Begonnenes fortsetzen. Er habe, schreibt er, schon vor längerer Zeit einem großen Heerführer die Gründe auseinandergesetzt, die einen deutschen Angriff auf Nancy wahrscheinlich erscheinen ließen. Die Deutschen hätten nun eingesehen, daß sie mit „militärischer Kriegskunst" nichts erreichten; daher ließen sie diese fallen und wendeten sich der „geschichtlichen und politischen Strategie" zu. Zu dieser gehören ein Kampf um Nancy (!). Nun wissen wir also, was Hindenburg jetzt vor hat: er will geschichtlich-politische Strategie treiben. . . .

Wie die letzten hier eingetroffenen Nummern der französischen Presse zeigen, geht das Rätselraten auf den Punkt, an dem die deutsche Westoffensive einsetzen wird, stündlich weiter. Während gestern noch mit aller Bestimmtheit versichert wurde, des Nancy das Ziel sein werde, und „Volhbe" im „Figaro" mit einem großen Aufgebot von Gründen nachwies, daß das allein logisch sei, liest man's heute wieder anders: die große Offensive wird am englischen Frontabschnitt prophezeit. „Journal", das diese Entdeckung gemacht hat, weiß sogar das Datum des Beginns: es ist der 27. Januar, der Geburtstag des Kaisers. Sollten die Franzosen sich nicht wieder gewaltig täuschen? Wir schreiben Anfang Februar. . . .

Wenn aber das „Echo de Paris" fragt, so wird uns Marcel Hutin sagen, warum auch diese Berechnung falsch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802151-19/fragment/page=0001

war. Es liegt an den Ueberschwemmungen im Neckar- und Moselbecken, die die deutschen Truppen- und Materialtransporte behindern. Schließlich scheint dem „Journal" selber der Mut zu weiteren Prophezeiungen vergangen zu sein. In der Nummer vom 26. Januar läßt es einen Mitarbeiter schreiben: Er glaube nicht so recht, daß die Offensive überhaupt kommen werde. . . . .

Während man so täglich von neuem die Frage nach dem „Wo" erörtert scheint es doch auch in Frankreich noch Stimmen zu geben, die überhaupt an dem „Ob" zweifeln. General Berthaut schreibt daher im „Petit Journal" vom 22. Januar: der preußische Kriegsminister habe erklärt, Frankreich werde sich als besiegt anerkennen, wenn es eingestehen müsse, daß die Deutschen nicht mehr aus Frankreich und Belgien zu verjagen sind. Diejenigen, fährt Berthaut fort, müßten naiv sein, die auf Grund einer derartigen Behauptung annehmen wollen, Deutschland würde sich in Zukunft rein defensiv verhalten und in Ruhe eine feindliche Offensive abwarten.

In der Tat, wer das glaubt, der ist auf auf dem Holzwege. Die Aussichten, die wir durch Rußlands Niederwerfung und völlige Auflösung in die Hand bekommen haben, lassen wir nicht wieder los. Die Mehrzahl der Franzosen weiß das auch ganz genau: daher die Nervosität, mit der die Zeitungen täglich das große Märchenraten von neuem beginnen, ohne zu bedenken, wie lächerlich sie sich machen.

Der Kriegsminister an das Ingenieur-Komitee

Berlin, 14. Febr. Das Ingenieur-Komitee erhielt am 1. Februar, seinem 50. Gründungstage, folgendes Schreiben des Kriegsministers:

Dem Ingenieur-Komitee spreche ich zu dem heutigen 50jährigen Gründungstage meinen herzlichsten Glückwunsch aus.

Mit besonderem Stolze darf das Ingenieur-Komitee darauf blicken, was es in dem gewaltigsten aller Kriege für die Angriffs- und Verteidigungskraft des Heeres in treuester Pflichterfüllung geleistet hat. Durch die Vervollkommnung der vorhandenen und Schaffung neuer Nahkampfmittel, durch die Beseitigung aller stetig wachsenden Schwierigkeiten in Erlangung und Verarbeitung der Werkstoffe, vielfach ohne vorangegangene Friedens- und Kriegserfahrungen, hat es sich den größten, oft schlagartig hervortretenen Anforderungen der Heeresleitung und der kämpfenden Truppen rechtzeitig und vollkommen zu genügen gewußt.

Das dankt ihm heute Heer und Vaterland.

Möge Gottes Segen auch fernerhin auf den Arbeiten des Ingenieur-Komitees ruhen!

Der Kriegsminister. von Stein.

Ehrenpräsident von Hindenburg

Berlin, 14. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat das Ehrenpräsidium über die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen übernommen.

Wagenbestellungen der preußischen Eisenbahn

Berlin, 14. Febr. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Die Verhandlungen über die preußische Wagenbestellung für das Haushaltsjahr 1918/19 sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Sie haben sich verzögert, weil die Eisenbahn-Verwaltung sich nicht in der Lage sah, die der Unsicherheit der Marktlage Rechnung tragenden naturgemäß einen entsprechenden Risiko-Zuschlag einschließenden festen Preise zu bewilligen. Die Einigung ist schließlich erfolgt auf Grund eines Preisermittlungsverfahrens, bei dem die Eisenbahn-Verwaltung den zukünftigen Verhältnissen bis zu einem gewissen Grade Rechnung trägt und das Risiko der Wagenfabriken in beschränktem Umfange abschafft, auf der anderen Seite aber eine Kontrolle darüber hinaus zu üben imstande sein wird, daß ungerechtfertigten Steigerungen der Gestehungskosten entgegengetreten wird.

Dittmann und Liebknecht

Berlin, 14. Febr. Anläßlich der Verurteilung Dittmanns zu 5 Jahren Festungshaft zieht die „Leipziger Volkszeitung" einen Vergleich zwischen diesem Urteil und dem gegen Liebknecht ergangenen und kommt dabei zu einem Schlusse, der ebenso falsch ist, wie seine Voraussetzungen: das Gericht hätte, vor der veränderten Volksstimmung zurückweichend, sich zu einem ähnlich scharfen Urteil nicht entschließen können. Richtigstellend sei folgendes bemerkt:

Liebknechts Verurteilung erfolgte durch ein Militärgericht, da er Armierungssoldat war. Als Angehöriger des Heeres hat er unter Bruch des Fahneneides dem Vaterlande Schaden zuzufügen versucht. Das Gericht hat daher festgestellt, daß er aus ehrloser Gesinnung gehandelt hat, und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Mildernde Umstände kamen hierbei nicht in Frage. Das verhältnismäßig scharfe Urteil ist vor allem deshalb gefällt worden, weil Liebknecht Soldat war.

Der Fall Dittmann liegt wesentlich anders. Dittmann ist nicht Soldat und stand auch nicht vor einem Militärgericht. Nach § 20 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich war in diesem Falle auf Festungshaft zu erkennen, wenn dem Angeklagten ehrlose Gesinnung nicht nachzuweisen war. Das war nicht der Fall, und das außerordentliche Kriegsgericht, vor dem die Verhandlung gegen Dittmann stattfand, konnte ihm um so eher die im Gesetz vorgesehenen mildernden Umstände zubilligen, als er unter der Suggestion einer Massenbewegung gehandelt hatte, während Liebknecht eine solche noch nicht vorhandene Bewegung ins Leben zu rufen trachtete.

Die ungarische Regierungspartei

Budapest, 14. Febr. Die aus 12 Mitgliedern bestehende Serenyi-Gruppe hat ihren Eintritt in die Regierungspartei erklärt.

Sozialistische Interpellation in der italienischen Kammer

Bern, 14. Febr. Turati hat mit 14 Mitunterzeichnern an die italienische Kammer eine Interpellation eingereicht, die die Regierung auffordert, Aufschluß über die Unterdrückung des „Avanti" in gewissen Provinzen und über die Verhaftung der Genossen Lazzari und Olla zu geben. Die von den Sozialisten verlangte gründliche Verhandlung wurde von der Kammer aus Gründen der Geschäftsordnung nicht zugelassen.

Zwangsweise Kriegsanleihe-Zeichnungen in Italien

Bern, 14. Febr. Wie „Popolo d'Italia" aus Rom erfährt, erwägt die Regierung einen Plan zur Ausübung von Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen Kapitalisten, die die Kriegsanleihe noch nicht gezeichnet haben.

Höchste Gefahr!

Unter dieser Ueberschrift schreibt der Berliner „Lokal-Anzeiger": Wie uns aus Riga berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erhoffenden Deutschen und Esten in Livland und Estland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Reval sind von den Maximalisten 3000 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern im Schloß, die Männer in Kinos; in Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Fellin gemeldet. Der gesamte deutsche Adel ist für vogelfrei erklärt. Währenddessen agitiert England weiter und bedingt sich die militärische Verfügung über die Häfen des Landes als Gegenleistung aus.

Die Kämpfe in Finnland

Stockholm, 14. Febr. Einige schwedische Zeitungen erhielten heute Nachrichten, daß zwischen den russischen Soldaten und den Roten Gardisten ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind. Nach dem „Aftonbladet" nähdt dieser Zwiespalt immer mehr. Nur die Matrosen nehmen freudig am Kampfe teil, während besonders in Tammersfors die russischen Infanteristen Unterhandlungen mit Schutztruppen einleiteten.

Die finnische Mission bei König Ferdinand

Sofia, 14. Febr. Der König empfing gestern abend die finnische Mission.

Balfour über den Versailler Kriegsrat

London, 14. Febr. (Reuter.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses, bei der Debatte über die Antwort-Adresse auf die Thronrede hielt Balfour eine Rede, in der er den Angriffen mehrer Abgeordneter auf den Obersten Kriegsrat in Versailles entgegentrat. Balfour sagte, der Oberste Kriegsrat sei in erster Linie für Besprechungen der großen militärischen Fragen zusammengekommen. Der Kriegsrat habe über die Reden Hertlings und Czernins zwar verhandelt, abe darin keine Friedensannäherung gefunden. Der Unterschied im Ton, nicht im Wesen, den Czernins Rede gegenüber Hertlings Rede aufweist, lasse zwar darauf schließen, daß Oesterreich-Ungarn etwas vernünftiger denke als sein übermächtiger Verbündeter. Aber wenn behauptet werde, daß man aus Czernins Rede den Schluß ziehen dürfe, daß Deutschland bereit sei, einzulenken, so sei das doch eine recht extravagante Auffassung.

*

Rotterdam, 14. Febr. Laut „Nieuw. Rott. Court." meldet „Daily News": Eingesehene Unterhausmitglieder glauben, daß Montag abend der Versuch gemacht wurde, Robertson zu bewegen, als Generalstabschef zurückzutreten, um durch General Wilson ersetzt zu werden. Robertson soll gesagt haben, daß er nicht gehen würde, bevor er abgesetzt werde. Die Regierung hat nun auch außer bei den Radikalen bei den Ultrakonservativen Feinde. Pringle fragte rund heraus: Ist Robertson entlassen? „Nein", antwortete Bonar Law. Pringle fragte darauf: „Ist er zurückgetreten?" Die Antwort lautete: „Soviel ich weiß, nicht."

Die radikale englische Presse über Lloyd George

Rotterdam, 14. Febr. Dem „Nieuwen Rott. Courant" zufolge versuchen einige Blätter, vor allem der radikale „Star", den Eindruck zu erwecken, daß die Stellung des Kabinetts stark erschüttert sei. Es ist kein Zweifel daran, daß das Ansehen Lloyd Georges im Unterhaus gestern einen Knick bekommen hat.

Torpediert

Madrid, 13. Febr. (Reuter.) Der Dampfer „Ceferino" von Barcelona, wurde 500 Meilen von Punta delle Orchilla torpediert. 37 Ueberlebende landeten in vier Schaluppen, die von dem U-Boot in den Hafen geschleppt worden waren.

Die Brotration im In- und Auslande

Von Dr. Wolfgang Ritscher, München.

Die Unterbindung der weltwirtschaftlichen Beziehungen durch den Krieg hat zunächst den Mittelmächten, seit längerem aber auch den feindlichen und neutralen Staaten Europas die gegenseitige Aushilfe in der Lebensmittelversorgung sehr erschwert. Bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Isolierung der Staaten gibt nur der Ertrag des eigenen oder des in erreichbarer Nähe befindlichen fremden Bodens Sicherheit gegen Hungersnot. Für die Mittelmächte, vornehmlich für Deutschland, war die frühe Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung und der Verbrauchsregelung von großem Vorteil für die Lebensmittelversorgung. Hinsichtlich der Grundlage der Volksernährung, der Brotversorgung, ist die Lage Deutschlands heute unabhängig von den Kriegsverhältnissen, weit aussichtsreicher als die der Westmächte. Diese haben versäumt, rechtzeitig genügende Vorsorge zu treffen für die wirtschaftlichen Defensive, in die sie durch die Wirkungen des U-Boot-Krieges mehr und mehr gedrängt wurden.

Die Getreideversorgung der Westmächte ist durch die stetige, sich von Monat zu Monat verschärfende Verminderung des verfügbaren Schiffsraums — zwei Siebentel des bei Kriegsbeginn vorhandenen Weltfrachtraums wurden bis 1918 versenkt — in bedenkliche Schwierigkeiten geraten. Die Ueberschußmengen der wichtigsten überseeischen Getreideerzeugungsgebiete, Australien, Indien und Amerika, kommen heute nur mehr in äußerst beschränktem Umfange für die Versorgung Europas in Betracht. An die Rationierung ihres inländischen Brotverbrauchs sind aber die feindlichen Mächte — nicht zuletzt, weil ihnen bis dahin ihre Eitelkeit und die Rücksicht auf die Volksstimmung die Nachahmung des bewährten deutschen Vorbildes verbot — erst zu einer Zeit herangegangen, als der Ersatz des Verbrauchs durch inländische oder überseeische Auffüllung ihrer Getreidevorräte schon mehr als zweifelhaft war.

Die Einschränkung des täglichen Brotverbrauchs ist zur Zeit in Europa — mit wenigen Ausnahmen — allgemein eingeführt. Beim Vergleich der in- und ausländischen Brotrationen ist zu bedenken, daß sie das Höchstmaß bestimmen darstellen, was die staatlichen Versorgungsbehörden den Verbrauchern zuteilen können; maßgebend dabei sind die verfügbaren Getreidemengen und die Sorge für einen möglichst guten Ernährungszustand.

Auszugehen wird jeweils von der Grundration des Nur-Verbrauchers (unter Umrechnung des Mehlanteils in Brot); die Rationierung der landwirtschaftlichen Selbstversorger kann außer Betracht bleiben, weil sie den üblichen Brotverzehr nur wenig beeinflußt. Die Ergänzung der Grundrationen durch Zulagen für die schwerarbeitende Bevölkerung gewährt Rückschlüsse auf die Brotversorgung dieser Volksschichten. Für Deutschland ist die anfangs November 1917 endgültig bestimmte Brotration von 286½ Gramm — täglich 220 Gramm durch Kartoffeln gestrecktes Brotmehl — zugrunde gelegt. Auch bei Oesterreich ist die nachträgliche Verringerung der unerläßlichen Verbrauchsmengen berücksichtigt. Für England erscheinen die Brotmengen, die von maßgebender britischer Stelle nach der Einführung der allgemeinen Rationierung als mögliger Höchstverbrauch erklärt wurden; nach den letzten Mitteilungen beträgt die englische Grundration nur 269 Gramm Brot. Die Angaben für Frankreich, wo anfangs Dezember 1917 die gesetzliche Regelung des Brotverbrauchs erfolgte, dürften zwar hinsichtlich der Nachrichten über die bald eingetretenen Schwierigkeiten zu günstig sein. Das gleiche gilt für Italien und kann auch für die neutralen Staaten von Bedeutung werden, falls Störungen ihrer überseeischen Zufuhr eintreten sollten. Nach dem Inhalt von amtlichen und einwandfreien Quellen ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Staat	Männer: Grundration	Männer: Schwerarbeiter	Männer: Bergarbeiter	Frauen: Grundration	Frauen: Schwerarbeiterinnen	Frauen: Schwerarbeiterinnen	Frauen: Bergarbeiterinnen
	Brot für die Woche in Gramm						
Deutschland	2006	2706	3406	4106	2006	2706	3406	4106
England	2010	3157	3625		1588	1800	2295	
Frankreich	1400	2800	2400		1400	2100	3500	
Holland	1778	2478	3178		1778	2478	3178	
Oesterreich [1]	1533	2333			1533	2333		
Bulgarien	2100	3500			2100	3500		
Italien	1750	2800			1750	2800		
Schweiz	1692	2450			1692[2]	2450		
Dänemark	2205				2205			
Schweden	1820				1820			
Finnland	1820				1820			
Türkei	1750				1750			
Norwegen	1400				1400			
Petersburg	1428				1428			

[1] ohne Streckungsmittel, [2] Kinder unter 2 Jahren 1200 Gr.
Mehlration: Brotration = 3 : 4.

Absolut genommen haben Dänemark, Bulgarien, Deutschland und England die größten Grundrationen mit je 4 Pfund und mehr, Norwegen und Frankreich die kleinsten durchschnittlichen Verbrauchsmengen mit je unter 3 Pfund die Woche. Der Wichtigkeit der Brotversorgung für die arbeitende Bevölkerung ist jedoch zweifellos am meisten in Deutschland Rechnung getragen. Dieser Vorzug des deutschen Brotwirtschaft wird anschaulich, wenn man die Beschäftigung der gerade in der Kriegsindustrie zahlreich tätigen Frauen in der Brotversorgung der Westmächte berücksichtigt. Zu diesem Zwecke seien die wöchentlichen Brotverbrauchsmengen verschiedenartig zusammengesetzter Familien, insbesondere der Arbeiterfamilien, in Deutschland und bei den Westmächten einander gegenübergestellt:

Die wöchentliche Brotverbrauchsmenge beträgt für eine Familie bestehend aus:	Deutschland	in Frankreich (gegen Deutschland weniger um)	in Italien (gegen Deutschland weniger um)	in England (gegen Deutschland weniger um)
	Pfund			
a) Mann, Frau (Grundrationen) 3 Kinder bis zu 6 Jahren	20	— 6	— 3	— 2½
b) Mann Schwerarbeiter, Frau und Kinder wie oben	21⅓	— 4⅓	— 2	— 1⅓
c) Mann Schwerarbeiter, Frau und Kinder wie oben	23	— 6	— 4	— 2½
d) Mann und Frau Schwerarbeiter, Kinder wie oben	23	— 5	— 2	— 3
e) Mann Bergarbeiter, Frau und Kinder wie unter b)	24¼	— 4¼	— 5¼	— 5¼
f) Mann Bergarbeiter, Frau Schwerarbeiterin, Kinder wie oben	25¼	— 4¼	— 4⅓	— 4⅓
g) ohne Mann, Frau (Grundration) und 3 Kinder	16	— 5	— 2	— 5¼
h) ohne Mann, Frau Schwerarbeiterin und 3 Kinder	17⅓	— 5	— 1⅓	— 4⅓

Da bekanntlich innerhalb der einzelnen Familie eine Verteilung der gesamten zugeteilten Brotmengen auf die Angehörigen eintritt, bedeuten diese Ziffern eine wesentliche Schlußfolgerung der feindlichen Völker in der Brotversorgung. Dabei soll nicht verkannt werden, daß im Auslande, wenn auch in abnehmendem Grade, noch andere und mehr Lebensmittel verbraucht werden können als bei uns. Auch ist die Ausmahlung des Brotmehls und die Streckung des deutschen Kriegsbrotes mit Kartoffeln für seinen Nährwert nicht ohne Belang. Wo aber im Ausland die gleiche Bereitungsart noch eingeführt ist, bestehen durchweg Vorschriften zur Verlängerung des reinen Brotmehls durch Maismehl und andere Streckungsmittel. Bei der Bedeutung der Brotversorgung als Träger der gesamten Volksernährung auch für die Bevölkerung der uns feindlichen Staaten ist eben die scharfe Rationierung das äußere Zeichen für die dort überhandnehmenden Ernährungsschwierigkeiten.

In Italien hat man für das laufende Wirtschaftsjahr einen Einfuhrbedarf von 48 Millionen Doppelzentner Getreide festgestellt. Der französische Landwirtschaftsminister erklärte, daß vom 1. Dezember 1917 bis 1. August 1918 mindestens 57 Millionen Doppelzentner Getreide nach Frankreich eingebracht werden müssen, wenn nicht ernste Gefahren für die Volksernährung und damit für die weitere Kriegsführung eintreten sollen. Die gesamte englische Presse bietet jetzt kaum noch ein Bild der Kämpfe, die sich um den Besitz des täglichen Brotes entsponnen haben. Dabei häufen sich die Stimmen, die öffentlich bezweifeln, ob die britische Nation trotz ihrer Einmütigkeit dem Hunger standhalten werde. Andererseits betonte der Nahrungsmitteldiktator der Vereinigten Staaten kürzlich die Unmöglichkeit weiterer größerer Getreideverschiffungen, wofern nicht das amerikanische Volk freiwillige Einschränkungen im Verbrauch von Brot und Mehl auferlegt.

Die Ententeländer spüren die Hungerwaffe bereits am eigenen Leibe, um so mehr, als offenbar wird, daß auf die amerikanische Unterstützung auch in dieser Hinsicht nicht gerechnet werden kann. Wenn die Westmächte unumwunden zum Reuberstein, zur Brotrationierung gegriffen haben, so sind heute die Brotkarten in England, Frankreich und Italien — nach einem Ausbruch des englischen Ernährungsministers — nur staatliche Anweisungen, für welche die Deckung fehlt, weil die Gutheben weit jenseits des Weltmeeres liegen und ihre rechtzeitige und hinreichende Beschaffung zur Unmöglichkeit geworden ist.

Der deutsche Verbraucher dagegen lebt heute mit Recht in der Gewißheit, daß sein Scheck auf Brot jederzeit volle Einlösung findet, da die hierfür erforderlichen Getreidemassen sämtlich, wie auch jüngst der Brotbedarf des Kriegsernährungsamtes wiederholt versicherte, im Inlande

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802151-19/fragment/page=0002

[illegible] sind. Es handelt sich in Deutschland lediglich darum, die Lebensmittelvorräte noch wirksamer zu erfassen, weitere Verbesserungen in der inländischen Brot- und damit der Lebensmittelversorgung herbeiführen zu können.

Bei den feindlichen Völkern wird daher angesichts des Scheiterns ihres Aushungerungsplanes und der im eigenen Lande herrschenden Not die Geneigtheit zur Beendigung des Krieges im wesentlichen von ihrer Fähigkeit im Ertragen [illegible] und schwerster Entbehrungen bedingt sein. Deutschland kann demgegenüber, gestützt auf den festen Unterbau seiner Brotversorgung, in Ruhe der Entwicklung der [illegible]schaftlichen Verhältnisse bei den Weltmächten, die mehr und mehr zu Grundbedingungen der Kriegsführung geworden sind, abwarten.

Die Lebensmittelknappheit in der Schweiz

Bern, 13. Febr. Angesichts der Lebensmittelknappheit in der Schweiz sind hinsichtlich des Bezuges von Familienangehörigen der Internierten in der Schweiz Einschränkungen notwendig geworden. Die Konsulate und Gesandtschaften der Schweiz im Auslande dürfen kein Visum für die Reisen in die Schweiz nur noch Eltern, Ehefrauen und Kindern der Internierten, höchstens zwei bis drei Personen für höchstens 14 Tage, erteilen. Das Visum für einen längeren dauernden Aufenthalt wird nur ausnahmsweise erteilt.

Keine Zivildienstpflicht in der Schweiz

Bern, 14. Febr. Bei einer Besprechung des Schweizerischen Bundesrates mit der Arbeiterschaft erklärte der Bundesrat, daß die Einführung der Zivildienstpflicht, die weder bei der Landwirtschaft noch bei der Arbeiterschaft Anklang gefunden habe, nicht beabsichtigt sei.

Bolo zum Tode verurteilt

Paris, 14. Febr. (Havas.) Bolo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Prochern wurde zu drei Jahren Gefängnis, Cavallini in Kontumazium zum Tode verurteilt.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 13. Februar. Amtlicher Heeresbericht vom 13. Februar: Mazedonische Front: An mehreren Stellen der Front zwischen dem Ochrida- und Prespa-See in der Umgebung von Sitnica und bei Dobropolje war die Artillerietätigkeit lebhafter. Oestlich des Vardar mehrere Feuerüberfälle. Südlich der bulgarischen Planina, im Strumа-Tal und nördlich des Tachinos-See zerstreuten wir einige englische Infanterieabteilungen.

Dobrudschafront: Waffenstillstand.

Französischer Heeresbericht

Paris 13. Februar nachmittags: Ziemlich große Artillerietätigkeit in der Gegend von Pilon und nordöstlich von Reims. — Flugwesen: Deutsche Flugzeuge warfen in der letzten Nacht mehrere Bomben auf Nancy. Drei Personen aus der Zivilbevölkerung wurden getötet, fünf verwundet.

Englischer Heeresbericht

Paris 13. Febr. nachmittags: In der letzten Nacht führten wir einen erfolgreichen Ueberfall auf deutsche Gräben südöstlich von Gardecourt aus. Wir machten dabei 11 Gefangene, darunter einen Offizier.

Italienischer Heeresbericht

Paris 13. Februar: Im Lagerino-Tal Bewegungen feindlicher Truppen, die unsere Batterien zerstreuten. Im Astico-Tal und am Ostrande des Hochplateaus von Asiago große Tätigkeit der feindlichen Artillerie. In der Gegend vom Col Caprile wurde ein Versuch der feindlichen Infanterie, nach vorheriger intensiver Feuervorbereitung einen Einbruch in unsere Stellungen zu machen, sofort durch die Festigkeit unserer Truppen und das wirksame Eingreifen unserer Artillerie erstickt. Einige Gefangene blieben in unseren Händen. Oestlich von Conegliano wurden zwei feindliche Fesselballone durch britische Flieger in Brand geschossen.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Außerordentliche Tagung.

Halle, den 14. Februar 1918.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Stadtv. Hennig Einspruch dagegen, daß der Versammlung Tagesordnungen von einer Ausdehnung und Bedeutung zugemutet werden, wie die vorliegende mit 27, teils sehr gewichtigen Gegenständen. Er gibt dem Wunsche Ausdruck, es möchten statt der außerordentlichen Tagungen ordentliche Sitzungen in kürzeren Zwischenräumen abgehalten werden. Sowohl die Wichtigkeit der einzelnen Beratungsgegenstände als auch die Bedeutung und Würde der gesamten Versammlung trete durch derartige ausgedehnte Reihen von Vorlagen naturgemäß zurück, die Stadtverordneten werden immer mehr der passive Teil zu Gunsten der Aktivität des Magistrats. Oberbürgermeister Dr. Rive erklärt die Maßnahmen des abwesenden Stadtv. Vorstehers damit, daß er selbst dienstlich dringend am vorvergangenen und möglicherfalls auch am vergangenen Montag noch verreist war, und Wert darauf legte, den Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Bediensteten beizuwohnen. — Danach wird in die Tagesordnung eingetreten.

Dem Magistratsantrag gemäß werden zur Errichtung des städtischen Arbeitsamtes 3 Arbeitnehmer als Beisitzer für die Deputation des Amtes gewählt, und zwar die Herren Göbel, Emmer, Hölz — für die auf Grund des Gesetzes über die Kriegsleistungen notwendigen Abschätzungen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke werden noch zwei Sachverständige gewählt als Ersatzmänner für die bereits gewählten Herren, und zwar Oekonomierat Bruno Endlich und Landwirt Richard Voigt, hier. — Der Entwurf des Haushaltsplanes der Geschwister-Röser-Stiftung für das Rechnungsjahr 1918 findet Genehmigung und wird in Einnahme und Ausgabe auf 11 320 Mk. festgesetzt. Auch der Entwurf des Haushaltsplanes der Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung für 1918 wird genehmigt.

Eine Zuwendung der Riebeckschen Montanwerke in Höhe von 70 000 Mark

für die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge der Stadt Halle wird mit herzlichem Dank angenommen.

Das im August 1916 hier gestorbene Frl. Hedwig Bosse hat der Stadtgemeinde ein Vermächtnis von 15000 Mark Nennwert 3½-prozentiger Staatsschuldbuchforderung zur Unterstützung unverheirateter bedürftiger hiesiger Juristentöchter ausgesetzt. Der Magistrat hat die Annahme dieses Vermächtnisses beschlossen, und die Stadtverordneten-Versammlung erteilte ihre Zustimmung.

Die Erhöhung der städtischen Kriegsbeihilfen

fand nach längerer Aussprache dem Magistratsbeschluß (wie er in der gestrigen Abendausgabe unserer Zeitung zusammenfassend mitgeteilt worden war) entsprechend mit großer Mehrheit Annahme einschließlich eines Ergänzungsantrages des Haushalts-Ausschusses, nach dem auch den Magistratsmitgliedern eine Beihilfe von vierteljährlich 500 Mark auf die Dauer eines halben Jahres gewährt wird. Von den Stadtverordneten Emmer, Sprötе, Göbel und Hennig wird in eingehenderen Ausführungen bemängelt, daß sich die Vorlage betreffs der Beihilfen für die städtischen Arbeiter nicht äußert, daß auch abgesehen davon die prozentuelle Bemessung der Unterstützungen in der Art, wie die Vorlage sie darstellt, auf unsozialen Grundgedanken ruhe. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Bezahlung der städtischen Kriegsaushelfer und -Aushelferinnen teilweise allzu gering sei. Oberbürgermeister Dr. Rive wendet sich gegen die Einwände. Die Bemessung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Arbeiter komme nicht der Stadtverordnetenversammlung, sondern lediglich dem Magistrat zu, der in einer Sitzung am Freitag, den 15., endgültig darüber Beschluß fassen wird. Die zur Beratung stehende Vorlage sei s. Z. so gestattet, daß die davon Betroffenen vollauf befriedigt sein dürfen. Die Bezahlung der städtischen Kriegshilfen entspreche billigen Ansprüchen vollauf und sei durchaus von Fall zu Fall auf den Grad der Leistungen zugeschnitten. — Ein Antrag Giese, die Vorlage an den Haushaltsausschuß zurückzuweisen, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag Hennig, den Magistrat um Nachweis über die Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter zu ersuchen.

An der Maschinenanlage des Schlachthofes bedürfen ein Ammoniak-Kompressor, ein Nachkühler und ein Ammoniak-Kondensator der Instandsetzung. Die Arbeiten müssen im Laufe des Winters ausgeführt werden, damit die gesamte Kühlanlage bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit wieder vollgebrauchsfähig ist. Die durch die Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten entstehenden Kosten sind auf 3000 M veranschlagt. Etatliche Mittel zur Deckung des Betrages sind nicht vorhanden. Die Versammlung bewilligt die 3000 M zu Lasten des Erneuerungsfonds des Schlachthofs.

Dem Magistratsbeschluß, die Zeichenlehrerstelle am Lyzeum mit dem 1. April 1918 in eine Zeichenlehrerinnenstelle und bei der nächsten Gelegenheit eine Lehrerinnenstelle des Lyzeums in eine Lehrerstelle umzuwandeln, wird beigestimmt.

Nach kurzer Aussprache, in der jedoch kein Widerspruch gegen die Vorlage laut wurde, wird mit großer Mehrheit (gegen fünf Stimmen) die

Fondsbildung für ein zweites städtisches Theater genehmigt.

Ueber die künstlerische, wirtschaftliche und betriebstechnische Seite der Angelegenheit war in der gestrigen Abendnummer der „Hallenschen Zeitung" bereits eingehend berichtet worden. Zur finanziellen und allgemein kulturellen Begründung führt der Berichterstatter Justizrat Herzfeld an der Hand der Vorlage noch aus:

Im Haushaltsplan des Stadttheaters für 1917 sind als Anteil der Stadt am sogen. Reingewinn 3500 M. vorgesehen. Tatsächlich beträgt jedoch der Anteil für die Winterspielzeit 1916/17 und die Sommerspielzeit 1917 47 215.54 M. Die außergewöhnliche Höhe dieses Betrags, dem aus dem Vorjahre nur ein Betrag von 3526.01 M. gegenübersteht, erklärt sich zum großen Teil durch die besonderen Verhältnisse der gegenwärtigen Kriegszeit und läßt eine Wiederkehr vielleicht noch in der jetzigen Spielzeit, nicht mehr aber für diejenige Zukunft erwarten, in der sich Friedensverhältnisse vorbereiten oder zur Tatsache werden. Für diese Zeiten muß alsdann mit einem gewissen Rückschlage gerechnet werden. Dem Vorgange in anderen Teilen unserer Verwaltung, die ungewöhnliche Betriebsergebnisse der Kriegszeit aufweisen, folgend, halten wir es auch beim Stadttheater nicht für sachgemäß, den obigen Anteil in voller Höhe zur Kämmereikasse zu vereinnahmen, obwohl auch darnach noch die Aufwendungen der Stadt für das Stadttheater einen Zuschuß von rund 150 000 M. erfordern würden. Mehreinnahmen aus Kunstschöpfungen der Stadt sollen nicht zu wesentlicher Verminderung der planmäßig hierfür festgesetzten Ausgaben verwandt, sondern sollen wieder den Zwecken der Kultur und Kunst dienstbar gemacht werden. Dieser Gebot erscheint jetzt um so dringender, als der Krieg den Kulturzustand im allgemeinen stark beeinträchtigt und Verluste an idealen und ethischen Werten verursacht hat, deren Wiedergewinnung zu den vornehmsten Aufgaben der kommenden Friedenszeit gehört. An der Lösung dieser Aufgaben wird in vorderster Reihe das Theater, das offenkundigste Merkmal der Sinnesrichtung und Gesitteshöhe des Volkes und einer der stärksten Träger der Kultur beteiligt sein. Hat das Theater trotz der Kriegszeit materielle Mittel in einem die Friedensverhältnisse weit überragendem Maße verfügbar gemacht, so folgt aus ihrem Ursprunge und der Sorge für die Erhaltung und Entwicklung der Kultur die Notwendigkeit, solche Mittel dem Theater zu erhalten und seiner Förderung nutzbar zu machen. Demgemäß soll die eingangs genannte Summe von 47 215.54 M. nur in Höhe von 4215 M. auf die im Haushaltsplane vorgesehene Stelle von 3500 M. verrechnet und der Betrag von 43 000 M. einem neu zu bildenden Fonds zugewiesen werden, dessen Zweck darin bestehen soll, die zur Errichtung eines zweiten städtischen Theaters erforderlichen Mittel anzusammeln.

Im Theaterausschuß hatte es verschiedene Meinung darüber gegeben, ob man sich bei Verwendung der Ueberschußsumme auf die engere Bestimmung für den Theaterbau festlegen oder das Geld allgemein zur Befriedigung kulturreicher Aufgaben zurückstellt werden solle. — In warmherzigen Worten begrüßt Geh.-Rat Finger die Vorlage als kulturelle Tat vom Standpunkte des ideellen Fichteschen Staatssozialismus.

Der Magistrat hat beschlossen, die Zahlung der den Stiftsherren im Assessor Karl Müller-Stift bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1916 bewilligten Beträge für das Rechnungsjahr 1917 zu genehmigen. Der Haushaltsplan für 1917 der Stiftung findet Genehmigung der Versammlung.

Die in der Enteignungsprozeßsache des Gastwirts Heinrich Ricke vorsorglich gegen das Urteil des Landgerichts vom 11. Juli 1917 eingelegte Berufung hat der Magistrat zurückzunehmen und beschlossen, die dem Genannten zugesprochene Entschädigung von 19 720 Mk. nebst Kosten der Anlage von 1910 zu entnehmen. Die Versammlung pflichtet dem bei.

Die Vermietung der Haarpflegeräume im Stadtbad an den Friseur Hennicke antragsgemäß genehmigt. —

(Nachdruck verboten.)

Platanenallee Nr. 14

167 Roman von Dr. P. Meißner.

Alle griffen zu und bald war wieder ein lebhaftes Gespräch im Gange. Natürlich drehte es sich um den Mord, von etwas anderem wurde in der ganzen Gegend nicht gesprochen. Jeder Kunde, der in Schaffers Laden kam, wollte eine Neuigkeit erfahren, und mit weiser Einteilung und Vorsicht gab Frau Schaffer, die das Ladengeschäft besorgte, die Bruchstücke der Unterhaltung zum besten, die sie bei ihrem öfteren Verweilen im Hinterzimmer aufgegriffen hatte.

Jakob kam sich ungeheuer interessant vor; er war es doch, der die Leiche gefunden hatte, er konnte erzählen, die anderen wußten ja alle garnichts.

„Dir, Jakob, der Dolch soll ja woll vergiftet gewesen sein"

„Na und ob, sonsten wär doch der alte Herr nich gleich tot gewesen. In Mexiko sind überhaupt alle Dolche vergiftet, die Kerls geben sich mit anderen Waffen gar nicht ab."

„Sag mal," begann der Stallknecht wieder, „is denn bet wohr, bes der alte Mann so ville Geld gehabt hat?"

„Wieviel weiß ich nicht, aber es muß schon 'ne Menge sein, der Haushalt hat doch gekostet, ick weiß doch Bescheid."

Alle lachten, Schaffer klopfte Jakob auf die Schulter.

„Daß Sie Bescheid wissen, det glaben wir gerne."

Jakob lächelte listig. Es war ihm nicht unangenehm, daß man ihn für einen schlauen Diener hielt. Er war maßlos eitel und selbst auf die Gefahr hin, in ein schlechtes Licht zu kommen, konnte er es nicht lassen, Andeutungen zu machen.

„Können Sie auch glauben. Was meinen Sie wohl, wenn ich erzählen würde, was wir so von auswärts bezogen haben, — immer nur erste Qualität und von den feinsten Geschäften. Das ging doch alles durch meine Hand. Und glauben Sie, der Alte hat sich eine Abrechnung angesehen? Noch zu machen. Er wußte doch, daß ich das machte."

„Ja, gemacht wirst de ihn schonst haben," meinte der Kutscher.

„Na, und das mit dem Mexikaner ist sicher?" mischte sich Herr Schaffer in das Gespräch, das zwar erregt, aber doch mit leisen Stimmen geführt wurde.

„Daran kann doch gar kein Zweifel sein, meine Herren. Der Ralf ist ein Vollblut-Mexikaner, ein furchtbar jähzorniger Mensch und sollte doch enterbt werden. Das war nämlich so: als der Ralf vor vier Wochen ankam, ganz plötzlich, ganz überraschend, be ging das Gesente mit dem Alten schon los. Der hatte Krach gekriegt mit seinem Kompasjong, der, was mit [illegible] in die Kaffeemühle [illegible] in Mexiko hat, und hat en mit der Reitpeitsche von Hof gepfeffert. Det tut doch nur en gewalttätiger Mensch. Hab ick recht oder nich?"

Ein Nicken der Zustimmung ließ ihn fortfahren.

„Na also, nun war da aber ein Haken bei, denn der wollte doch sein Geld raus haben. Daberdrum war es ja, warum er hierher gekommen is. Der Olle war natürlich zuerst mächtig wütend, denn schließlich is ja hunderttausend Mark ooch keen Katzendreck. Wat soll ich euch sagen, er hat en rumgekriecht! Aber der Olle hatte sich doch gegiftet und sich überlegt, daß der saubere Herr Ralf ooch nich alles erben brauchte, und hat woll im Stillen det Testament ändern wollen. Wie nu der Mexikaner davon Wind bekommen hat, das kann ich nich sagen, aber es ist doch merkwürdig, daß der selige Herr jrade erstochen wurde, als er an seinen Rechtsanwalt wegen des Testaments schreiben wollte. Mitten in Brief war er mausetot."

Ein gruselndes Erstaunen malte sich auf den Gesichtern der Hörer.

„Und mit was is er denn erstochen?"

„Mit eenen mexikanischen Dolch, wo der junge Herr vor drei Tagen zum Geschenk mitgebracht hat."

„Sag mal, Jakob, wie is denn der Mörder überhaupt in das Zimmer gekommen?"

„Ich denke mir das so: er war heute morgen jrade, wie ick mit Marie hier bei Sie war, Herr Schaffer — —"

„Stimmt, Jakob."

„und unser Fräulein auf'n Markt gefahren war, da muß er gekommen sein und hat sich von Garten aus über die Verandatreppe ins Zimmer geschlichen. Wir haben doch seit acht Tagen frischen Kies in Garten, der is noch een bißchen feucht und knirscht, det hat er woll gewußt und is janz vorsichtig auf den Raien und Beeten lang gestürmt. Die Fußspuren sind doch deutlich zu sehen."

„Nee, so was! Daß so was vorkommt!

„So'n feiner Mann!"

„Ja, Frau Schaffer, fein ist noch lange nich rein."

Man brach auf, nur Jakob blieb noch zurück und kramte allerhand Papiere aus seiner Rocktasche. Als die andern fortgegangen waren, trat er dicht zu Herrn Schaffer.

„Wollen Sie mir eenen Gefallen tun?"

„Gewiß doch, Jakob, was is es denn?"

„Sehen se mal, Herr Schaffer, ick habe doch nu keine Bleibe nich, die Villa haben se doch verriegelt, ich gehe nu zum Schlafen zu einem Freund in de Keitbstraße, nu hab ick mir so'n bißchen was gespart und det möchte ich doch nich bei mir behalten. Nu wollt ick Sie bitten, mir das aufzuheben."

„Aber gerne, geben se man her."

„Ich woll es erst einwacken und versiegeln, dann kann es gar keinen Streit nich geben. Vielleicht haben Sie etwas Packpapier und Siegellack?"

Schaffer ging in den Laden und kehrte mit beidem zurück. Jakob hatte inzwischen ein Paket zurecht gemacht und in eine Zeitung eingeschlagen. Er verpackte es nun nochmals und versiegelte es. Nachdem er seinen Namen darauf gesetzt, übergab er es Schaffer.

„Es genügt ja, wenn Sie mir nur auf einen Zettel schreiben, daß Sie heute dieses Paket für mich in Verwahrung genommen haben."

Als er die Quittung eingesteckt hatte, verließ er den gasslichen Laden Schaffers und bummelte langsam der Platanenallee zu. Der Kriminalkommissar hatte ihm am Morgen gesagt, er solle sich in der Nähe des Hauses so um die fünfte Stunde herum aufhalten, weil er vielleicht gebraucht würde. Es hatte eben dreiviertel auf fünf geschlagen. Es war also Zeit, nach der Villa Ribbentrop zu gehen.

* * *

„Nun, was macht der alte Herr?"

Der Doktor des Westend-Sanatoriums saß in seinem Arbeitszimmer und die diensthabende Schwester stand vor ihm.

„Es geht nicht besonders, Herr Professor. Ich habe um drei Uhr, wie Sie anordneten, eine Morphiumeinspritzung gegeben. Herr Lachner ist ja auch wohl etwas ruhiger geworden aber er hält doch immer noch diese ganz unverständlichen halb gemurmelten Selbstgespräche."

„Ja, vergessen Sie nicht, wie furchtbar das Ereignis auf den an sich schon etwas klapprigen alten Herrn gewirkt haben muß. Seit vielen Jahren lebt er mit seinem Freund zusammen, sie wohnen unter einem Dache, arbeiten zusammen, und nun findet er am Morgen seinen Freund ermordet. Das würde auch einen jungen Menschen aus dem Gleichgewicht bringen, geschweige denn einen so angegriffenen und schwächlichen Organismus."

„Ach, so schwächlich ist der alte Herr garnicht."

„Wieso?"

„Na, wie wir ihn vorhin betten wollten, da hat er sich tüchtig gewehrt. Er hat wohl gemeint, wir wollten ihm etwas tun. Sie glauben garnicht, Herr Professor, was der für Kräfte hat."

„So, na und wie ist es mit der Nahrungsaufnahme?"

„Bisher garnichts, er hat noch nicht einen Bissen gegessen."

„Das ist böse, ich werde mal mit herauskommen, Schwester."

Als der Arzt das Zimmer betrat, saß Lachner in seinem Bett aufrecht. Sein Gesicht war fast wieder geworden, als es im gewöhnlichen Leben war. Er hatte stets ausgesehen, als ob er aus Pergament wäre. Seine Lippen murmelten immer noch unverständliche Worte. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802151-19/fragment/page=0003

Ein Geschenk an das Offizierkorps der Fliegerabteilung.

Nach Fertigstellung des Flughafens und nach der Rückkunft der ersten Mannschaften hat die Stadt Halle einen Betrag von 3000 Mk. gestiftet, für die ein Bücherei für die Mannschaft zusammengestellt und dieser vor einigen Tagen übergeben worden ist. Inzwischen ist für das Offizierkorps ein neues allerdings nur behelfsmäßiges Kasinogebäude errichtet worden, das aber nach den neuesten, wohl glaubhaften Mitteilungen, doch 10—20 Jahre wird stehen bleiben, ehe an einen endgiltigen Neubau zu denken ist. Der Wunsch des Offizierkorps, das natürlich nach Lage der Verhältnisse so gut wie über gar keine Mittel verfügt, geht nun dahin, wenigstens einen Raum über das allergeringste Maß, wie es in dem Bauanschlag vorgesehen ist, als pirkisch zur Erholung geeignetes, gemütlichen Raum herzustellt zu sehen. Der Magistrat beantragt daher, die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, dem Offizierkorps der Fliegerersatzabteilung die Ausstattung des Lesezimmers ihres Kasinogebäudes als Geschenk zu überweisen und hierzu den Betrag von 5000 Mk. zu verwenden. Die Versammlung stimmt dem zu mit der Maßgabe, die Ueberweisungssumme auf 8000 Mark zu erhöhen.

Weitere 4 Millionen für den Kriegsfonds der Stadt werden der Vorlage entsprechend, die in der gestrigen Abendausgabe der Hallescheen Zeitung gleichfalls bereits mitgeteilt wurde, ohne Widerspruch bewilligt.

Der Magistrat hat beschlossen, einer zu gründenden gemeinnützigen G. m. b. H., welche die

Beschaffung einfacher Wohnungseinrichtungsgegenstände für Minderbemittelte

zur Aufgabe hat, mit einer Stammeinlage von 20 000 M. beizutreten, dieser Gesellschaft einen Kredit bis zu 150 000 M. zu gewähren, die Mittel dem Kriegsfonds zu entnehmen. Durch den Krieg — so heißt es in der Begründung — ist inzwischen auch auf dem Gebiet der Hausratbeschaffung ein Notstand eingetreten, der zu einer äußersten Einschränkung in der Fabrikation von neuen Möbeln geführt. Hier helfend einzutreten wird für die Stadt zur Notwendigkeit und auch zu einer Ehrenpflicht gegenüber den Kriegsgetrauten, denen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die Möglichkeit geboten werden muß, ihren Hausstand zu gründen; und ihre Zahl ist voraussichtlich auch für Halle nicht gering. Nach der Feststellung des statistischen Amts haben bis Ende 1917 1520 Kriegstrauungen ohne eigene Wohnung stattgefunden. Zum Zwecke der Hilfeleistung soll in ähnlicher Weise, wie es bei der Gründung der Altkleiderverwertungsstelle geschehen ist, eine G. m. b. H. mit gemeinnützigem Charakter ins Leben gerufen werden, deren Aufgabe es sein wird, dem Notstand dadurch abzuhelfen, daß sie durch Herantreten an die opferbereite Bürgerschaft für die Sammlung und Beschaffung gebrauchter Möbel insbesondere aber auch für die Herstellung einfacher neuer Möbel nach geschmackvollen Entwürfen und für die Abgabe zu möglichst günstigen Bedingungen Sorge trägt. — Die Versammlung tritt dem Beschluß bei.

Erweiterung der Ofenanlage des Gaswerks.

Die Sicherstellung der Gasversorgung durch das städtische Gaswerk erfordert infolge der durch den Krieg verursachten Umstände sowohl für den Fall einer längeren Kriegsdauer als für die Wiederkehr des Friedenszustandes eine alsbaldige Erweiterung der vorhandenen Gaserzeugungsanlagen, die als Neubau von 8 Vertikalretorteneöfen an der Stelle von 4 älteren, abzubrechenden Horizontal-Retorteneöfen geplant ist. Die Notwendigkeit der Erweiterung wird durch den Berichterstatter, Stadtr. Dehne, des längeren dargelegt.

Danach ist die nächste Erweiterung der Ofenanlagen in der Weise vorgesehen, daß die vorhandenen beiden Horizontalofenblöcke I und II beseitigt und durch einen Block von 7 Vertikalöfen ersetzt werden. Da der Horizontalofenblock I ohnehin abgewirtschaftet und der Erneuerung seiner Gas-Reinigungs- und Retorten bedürftig ist, so ist vorgeschlagen, zunächst nur ihn abzubrechen und an seine Stelle 3 Vertikalöfen von je 12 ihnenden Retorten mit einer Leistungsfähigkeit von 12 600 bis 13 500 Kubikmeter in 24 Stunden zu erbauen. Später soll dann auch der letzte Horizontalofenblock II fallen, und an seiner Stelle sollen weitere 4 Vertikalöfen mit insgesamt 44 stehenden Retorten erbaut werden, womit dann das vorhandene Ofenhaus auf die größtmögliche Leistung ausgebaut ist.

Da der Abbruch der alten Oefen und die Errichtung des neuen Ofenblockes mehrere ein Jahr Bauzeit erfordert, so ist die unverzügliche Inangriffnahme notwendig, denn die Ausführung muß erfolgen, solange der Horizontalofenblock I noch für die Dauer der Bauzeit von etwa einem Jahr entbehrlich ist. Eine Verzögerung des Baubeginnes kann dazu führen, diesen Zeitpunkt zu verpassen. Die Begründung kennzeichnet diese Anlagen als spätere Erweiterung.

Eine Verzögerung des Baubeginnes würde keine Herabminderung der Kosten ermöglichen. Soweit die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse übersehbar ist, dürfte zunächst noch mit einer weiteren Steigerung der Löhne und Materialpreise zu rechnen sein. Sollte der Krieg aber gar noch Jahre dauern, so würde eine Hinausschiebung des Baubeginnes die Möglichkeit der Ausführung überhaupt in Frage stellen und damit die Gasversorgung für die Zeit nach Wiederkehr des Friedens in verhängnisvollster Weise beeinflussen.

Die Kosten, welche Abbruch der 4 Horizontalöfen, Neubau der 3 Vertikalöfen mit ihren Fundamenten und der maschinellen Ausstattung an Kohlen- und Koks-Transportmitteln, Gas-, Wasser-, Teer- und Dampfleitungen erfordern, sind laut vorgelegtem Kostenanschlag, auf den bezgl. weiterer Einzelheiten verwiesen wird, auf 550 000 M. veranschlagt. Da die Dringlichkeit der Ausführung auch durch die für Freigabe des benötigten Materials zuständige Gasstelle in Berlin anerkannt worden ist, wird, im Einvernehmen mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke, beantragt, dem Plane zuzustimmen und die benötigten Mittel in Höhe von 400 000 M. aus dem Ergänzungsfonds des Gaswerks und in Höhe von 150 000 M. aus der Anleihe 1910 zu bewilligen.

Für die Marktinsule werden Mehrkosten in Höhe von rund 3500 Mk. nachbewilligt. Die Punkte Vorarbeiten für den Neubau der Oberrealschule, Nachbewilligung für das Kanalanschluß, Antrag betr. Schulreform, unter dem Leitgedanken der Förderung einer nationalen Einheitsschule werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Daran schließt sich eine nichtöffentliche Versammlung.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 15 Februar

— Zur Erleichterung des Besuches der am 4. März beginnenden Oster-Vormesse in Leipzig werden auf den Strecken (Stuttgart) Nürnberg—Leipzig, Frankfurt (Main)—Leipzig, Köln—Halberstadt—Leipzig, Altona—Leipzig und Berlin—Leipzig Sonderzüge gefahren. Werktagszüge, Hafenstationen und Bahnhöfen angeschlossen. Ausführungen erschöpfen.

— Mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde Stadtverordneter Carl Kühme, Halle, ausgezeichnet.

— Ein Lehrgang für Kriegshinterbliebenenfürsorge findet am 26. und 27. Februar in der Aula der städtischen Handwerkerschule statt. Der Lehrgang umfaßt Vorträge über folgende Themen: Gesetzliche Witwen- und Waisenfürsorge und Kapitalabfindung; Ansprüche der Hinterbliebenen auf Grund gesetzlicher Versicherungen; Militärische Versorgungsgebührnisse, Zuwendungen, Unterstützungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht; Kriegsunterstützung für Hinterbliebene; Unterstützung aus der Nationalstiftung und sonstige Spenden; Einrichtung von Fürsorgestellen in Stadt und Landkreisen; Zusammenarbeit der mit der Fürsorge befaßten Stellen; Persönliche Fürsorge; Förderung der Wiederverheiratung der Kriegswitwen; Rechtsschutz für Krieger und deren Hinterbliebenen. Die Einzelvorträge werden kurz gehalten. An jeden Vortrag soll sich sogleich eine Besprechung anschließen, in der Gelegenheit zur Fragestellung sein wird. Teilnehmen an diesem Lehrgang können im allgemeinen die amtlichen Leiter der Fürsorgestellen in den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt. Zugelassen werden außerdem alle Personen, die Interesse an der Sache haben, also Vertreter von Beratungsstellen, Vereinen und Verbänden, die den Gegenstand bearbeiten. Die Teilnahme ist kostenlos. Meldungen sind, um Ueberfüllung vorzubeugen, rechtzeitig an das Oberpräsidium in Magdeburg zu richten.

— **Einen vaterländischen Vortragsabend** veranstaltet der Zweigverein Halle-Nord des Evang. Bundes zur Feier des Todestages Dr. M. Luthers in „Bad Wittekind" am Sonntag, den 17. Februar, abends ½8 Uhr. Der Generalsekretär des Evang. Bundes Lic. Bräunlich-Berlin wird einen Vortrag halten über „Kurland, das Hoffnungsland deutsch-evangelischer Zukunft". Die Ausführungen dieses auch in Halle bekannten und geschätzten Redners werden um so fesselnder sein, als sie auf persönlichen Eindrücken beruhen, die der Vortragende bei seinen wiederholten und längeren Reisen in diese frühere russische Ostseeprovinz empfunden hat. Eine Reihe trefflicher Originalaufnahmen wird dazu beitragen, dieses deutsche Land und seine Bewohner unserem Herzen näher zu bringen. Außerdem wird Rektor Otto Schulze, der Verfasser der anläßlichen Jubiläumsschrift „Dr. Martinus" über: „Dr. M. Luther, der Mann des Glaubens und Lebens" sprechen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Die Programme sind unentgeltlich.

— **Die Februar-Versammlung des Vereins der Saalbesitzer von Halle (Saale) und Umgegend** wurde beim Kollegen Schreiter im „St. Nikolaus" abgehalten. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde der letzte Versammlungsbericht vorgelesen und genehmigt. Wegen der vom Magdeburger Verein an das Kriegsministerium gesandten Eingabe betr. Gewährung von Kosten zur Instandsetzung der mit Militär belegten Quartiere wurde bestimmt, sich im weiteren Verfolg an den Bund nach Berlin zu wenden, da man sich auf diesem Wege mehr Erfolg verspricht. Die Antwort einer Brauerei betreffs Berechnung ihres Bieres kam zur Verlesung; gleichzeitig wurde zur Sprache gebracht, daß trotz Festsetzung der Höchstpreise demnach verschiedene Preise bezahlt werden, woraus zu schließen ist, daß sich trotz der Bundesratsverordnung allerlei Klauseln finden, durch welche die Erhebung solcher Preise scheinbar gerechtfertigt wird. Man beschloß, sich hierüber genauer zu unterrichten. Auch über Festsetzung der Ausschankpreise einer Nachbarstadt und die dagegen erhobene Beschwerde wurde des längeren gesprochen. Ueber den Ortsverband und die abgehaltene Ausschußmitglieder-Versammlung brachte der Schriftführer in längeren Ausführungen; es sollen weitere Verhandlungen hierüber in einer baldigen Zusammenkunft gepflogen werden damit die für die Lebensmittelwirtschaftszeit erstrebten Maßnahmen bereits vorgearbeitet sind. Einem Antrage um Eingabe an das stellv. Generalkommando in Magdeburg durch die hiesige Polizeiverwaltung betreffs Abhaltung der Tanzlustbarkeiten für Vereine und geschlossene Gesellschaften wurde stattgegeben. — Die nächste Versammlung findet am 8. März beim Kollegen Franz Thiebes, Königstraße 4, statt.

— **Der Gartenbauverein von Halle (Saale)** hielt am 12. d. Mts. im „Kaiser Wilhelm" seine ordentliche General-Versammlung ab. Nach einer patriotischen Ansprache des Vorsitzenden Prof. Holdefleiß erstattete der Schriftführer Heinecke den Jahresbericht. In den Versammlungen des Berichtsjahres 1917 wurden bemerkenswerte Vorträge der verschiedensten Art gehalten, die eine Fülle von Anregungen vermittelten. Der Verein zählte am Schlusse des Berichtsjahres 50 Mitglieder und 4 Ehrenmitglieder. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Kunst- und Handelsgärtner Jecker. Nach Anhörung der Nachprüfer wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und Dank abgestattet. Durch Zuruf wurden Professor Dr. Holdefleiß, Kunst- und Handelsgärtner Spindler sen., Obergärtner Heinecke, Kunst- und Handelsgärtner Jecker, Stadtgärtnereidirektor Berkling, Provinzialgartendirektor Dr. Müller wieder in den Vorstand gewählt, desgleichen als Bibliothekare die Herren Wauert und Greil. Auf Antrag des Herrn Berkling wurde eine Beihilfe für die Fachschule bewilligt, von der die besten Schüler durch gute Werke zu Ostern ausgezeichnet werden sollen. Zur Hebung der Interessen des Gartenbauvereins soll Mitte März ein Vortragsabend, verbunden mit einer kleinen Ausstellung von Gemüsepflanzen, stattfinden. Nach Ansicht verschiedener Gärtner werden wir in diesem Jahre eine Ueberfüllung von Gemüsebaupflanzungen aller Art haben; die Pflanzen sind schon weit gediehen, und können Mitte März an die Züchter abgegeben werden. Der Vorsitzende machte noch interessante Mitteilung von der Errichtung einer Gärtnerischen Versuchsstation; die Angelegenheit beschäftigt zur Zeit die hiesige Landwirtschaftskammer.

— **Zoologischer Garten.** Das fünfte Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Karl Röhren wurde mit der in gläubender Weise wiedergegebenen Ouvertüre zur Oper „Euryanthe" von C. M. von Weber eingeleitet. Dann folgte die unvollendete Sinfonie in H-moll von Franz Schubert. Der unerschöpflich strömende Quell musikalischer Empfindung Schuberts findet in diesem Werke einen besonderen Ausdruck. Der zweite Teil der Vortragsfolge brachte zunächst die Ouvertüre zur Oper „Don Juan" von Mozart, dann wurden von den Herren Ewald Ohl, Arthur Bohnhardt, Rudolf Liebold und Franz Uschmann die Variationen aus dem Kaiser-Quartett von Josef Haydn über das Lied „Gott erhalte Franz, den Kaiser" oder „Deutschland, Deutschland über alles" in stimmungsreicher Weise vorgetragen, womit sich die Genannten als gediegene Quartettspieler erwiesen. Weiter folgte die aus vier stimmungsvollen Sätzen bestehende erste Orchestersuite aus der Musik zu Ibsens Drama „Peer Gynt" von Edvard Grieg. Ein in feiner Abtönung durchgeführtes Capriccio italien von Peter Tschaikowsky bildete den Schluß der Vortragsfolge. Das Konzert war gut besucht. Dirigent und Orchester ernteten viel verdienten Beifall.

Provinz Sachsen und Umgebung

Kröchers Nachfolger

Salzwedel, 14. Febr. Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und der konservativen Partei im Landtagswahlkreise Salzwedel-Gardelegen haben jetzt an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten von Kröcher in einer Vertrauensmänner-Versammlung einstimmig Gymnasialdirektor Dr. Adler-Salzwedel als Kandidaten aufgestellt. Dr. Adler wird sich der Deutsch-Konservativen Fraktion im Abgeordnetenhause anschließen.

— **Aschersleben, 14. Febr.** (Unser zweiter Bürgermeister Dr. Sicher) der seither bei der Verwaltung in Wien tätig war, ist als stellvertretender Abteilungsleiter am Militärverwaltung Litauen in Wilna berufen worden.

— **Burg, 14. Febr.** (Stadtverordnetenvorsteher Paul Feldheim) ist im Alter von 64 Jahren gestorben.

K. **Döben, 14. Febr.** (Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe) erhielt Bürgermeister Welsel von hier.

K. **Bitterfeld, 14. Febr.** (Besitzwechsel) Die dem Bergwerksbesitzer Steuer gehörigen Braunkohlengruben und Brikettfabriken Marie und Antonie sind durch Kauf in den Besitz der Gewerkschaften Werke übergegangen.

Die preußischen Eisenbahnen im Jahre 1918

Die vollspurigen preußischen und hessischen Eisenbahnen stellen den öffentlichen Verkehr bedeckten ein Verkehrsnetz von rund 39 943 Kilometern, davon 38 596 Kilometer preußisches Staatseigentum. Auf Hauptbahnen kamen 22 685 Kilometer, auf Nebenbahnen 17 258 Kilometer. Von den Hauptbahnen waren eingleisig 5899 Kilometer, zweigleisig 16 831 Kilometer, dreigleisig 85 Kilometer, viergleisig 365 Kilometer, fünfgleisig 5 Kilometer, von den Nebenbahnen waren eingleisig 16 642 Kilometer, zweigleisig 616 Kilometer. Das Anlagekapital ist im Rechnungsjahr 1916 um 379 Mill. auf 13 900,4 Mill. gestiegen, davon preußisches Eigentum 372,6 Mill. und 13 488,3 Mill. Fremdkapital. Fahrpark bestand Ende März 1917 aus 26 045 Lokomotiven, 51 265 Personenwagen, 14 567 Gepäckwagen, 564 743 Güterwagen. Die Beschaffungskosten der in 1916 in Zugang gekommenen Fahrzeuge beträgt rund 320 Mill.; davon werden 224 Mill. aus Anleihen, 96 Mill. aus Betriebseinnahmen bestritten.

Die Gesamteinnahmen haben betragen 3020 Mill. oder 451 Mill. mehr als in 1915, die Gesamtausgaben haben betragen 2164 Mill. oder 288 Mill. mehr als in 1915. Der Betriebsüberschuß stellt sich sonach auf 855,2 Mill. gegen 741,5 Mill. in 1915, ist also um 118,7 Mill. oder 15,88 Proz. gestiegen. Für das durchschnittliche Anlagekapital, das sich im Jahre 1916 insgesamt auf 13 712 Mill. M. belaufen hat, ergibt dieser Ueberschuß eine Verzinsung von 6,24 Proz. gegen 5,57 Proz. im Jahre 1915. Die günstigen Ergebnissen des Rechnungsjahres 1915 verdankt Preußen eine Erhöhung seines Anteils am Betriebsüberschuß um 28 Mill. auf 182 Mill. Der verhältnismäßig günstige Abschluß des Rechnungsjahres 1915 beruht in der Hauptsache auf der Steigerung, welche die Betriebseinnahmen, namentlich auch im Personenverkehr, erfahren haben, während die Betriebsausgaben, insbesondere im Personenverkehr, zugunsten des Güterverkehrs auf das äußerste eingeschränkt wurden. Im Kriegsjahr 1916 hat die Eisenbahnverwaltung insgesamt 548 872 Personen beschäftigt, gegen 1915 insgesamt 14 623 mehr. Zu sehr viel größerem Umfange als im Vorjahre sind weibliche Personen beschäftigt worden, nämlich 55 545 gegen 22 708 im Jahre 1915. Da im Rechnungsjahr 1915 die Zahl der weiblichen Personen um 32 842 zugenommen hat, sind weibliche Personen weit über das Doppelte der Zahl der überhaupt neu Eingestellten eingestellt worden; in großem Umfange haben sich männliche Eisenbahnbedienstete durch weibliche Kräfte ersetzt werden müssen. Von der Gesamtzahl der Eisenbahnbediensteten waren 211 835 Beamte, 1213 technische Gehilfen, 313 102 Betriebsbeamte und Schrankenwärter, 285 770 Betriebs-, Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter; unter den letzteren 39 183 Arbeiterinnen.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 14. Febr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	215,50	216
Dänemark	153,00	153
Schweden	63,25	63,75
Norwegen	60,25	60,75
Schweiz	112,50	112,75
Oesterreich-Ungarn	66,50	66,65
Bulgarien	79,75	80,25
Konstantinopel	89,95	90,05
für ein türkisches Pfund		
Spanien	136,50	136,50
für 100 Peseten		

Börsenstimmungsbild

Berlin, 14. Februar. Starke Lustlosigkeit und Zurückhaltung kennzeichneten den heutigen Börsenverlauf. Die Grundstimmung war dabei überwiegend etwas schwächer und dieses gab sich in der Hauptsache in einem Nachlassen der Kurse auf dem Schiffahrts- und auch zum Teil auf dem Montanmarkt zu erkennen. Die von Wien abhängigen Werte lagen etwas fester, sonst sind die Kursveränderungen ganz belanglos. Rheinische Metallwaren-Aktien vermochten eine anfängliche Abschwächung wieder heraufzubringen. Am Rentenmarkt hat sich nichts geändert, russische Werte waren behauptet.

Produktenbericht.

Berlin, 14. Februar. Im hiesigen Saatgeschäft bleibt der dringende Bedarf für Hafer und Sommerroggen nach wie vor nicht befriedigt worden, wo hingegen Sommerweizen nur schwer unterzubringen ist. In landwirtschaftlichen Sämereien hält die Knappheit an. Die Zufuhren von Rauhfutter sind gering. Was hereinkommt, geht an die Kommunal, so daß kein freien Handel kaum etwas verbleibt. Durch die Verteilung einer täglichen Ration von fünf Pfund Häcksel seitens des hiesigen Magistrats ist für die Viehbesitzer eine kleine Erleichterung geschaffen worden. An Ersatzfuttermitteln ist es beim alten geblieben. Wetter: schön.

* **Dürkoppwerke Akt.-Ges. in Bielefeld.** Nach Abschreibungen von 709 242 (650 668) Mk. verbleibt für 1916/17 einschließlich eines Vortrages von 76 351 (142 245) Mk. ein Ueberschuß von 2 285 089 (3 075 333) Mk. Es soll eine Dividende von wieder 20 Proz. ausgeschüttet und auf neue Rechnung 207 887 (76 851) Mk. vorgetragen werden. Für Neuaufwendungen sind außerdem 400 000 (535 000) Mk. zurückgestellt. Die Aktien ist bei dem Ergebnis, daß in diesem Jahre die Kriegssteuerrücklage, die im vergangenen Jahre mit 1 100 000 Mk. aus dem Ueberschuß bedacht wurde, für das abgelaufene Jahr von dem Fabrikationsgewinn vorweg genommen, beim unter Unkosten gebucht ist und nicht mehr als eine besondere Norm, sondern unter den Kreditoren erscheint. Auch in einem anderen Punkte hat die Verwaltung ihre frühere Bilanzklarheit fallen lassen. So erscheinen in der Bilanz für den 30. September 1917 die Debitoren inklusive Bankguthaben mit 7 273 207 Mk., während im Vorjahre die Debitoren und das Bankguthaben getrennt, nämlich erstere mit 4 700 916 Mk., das letztere mit 2 016 235 Mk. aufgeführt sind. Die Kreditoren sind von 1 668 288 auf 4 128 067 Mk. gestiegen; bei der Steigerung sind die oben erwähnten 1,1 Mill. Mark Kriegssteuerrücklage zu beachten.

* **Die Harzburger Bank bringt wieder 7 Prozent Dividende in Vorschlag.**

Letzte Telegramme

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier

Berlin, 14. Febr. Wie die Abendblätter melden, haben die Besprechungen im Großen Hauptquartier zu einer völligen Uebereinstimmung der Auffassung zwischen den militärischen Stellen und der politischen Leitung geführt. Ein endgültiger Beschluß liegt nach nicht vor, das bedeutsame Ergebnis soll erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Der Reichskanzler wieder in Berlin

Berlin, 15. Febr. Der Reichskanzler verließ gestern abend das Große Hauptquartier und kehrte nach Berlin zurück. Der Staatssekretär v. Kühlmann dürfte erst am 8. März etwas später als der Reichskanzler in Berlin wieder eintreffen.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Hernandez; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kastopp, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802151-19/fragment/page=0004